

## Nichtsoldaten zahlen voll

Kolumne: „Bahnfahren für alle“, FR-Meinung vom 20. August

Artikel 3 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland lautet seit seiner letzten Veränderung vom 15. November 1994 wie folgt: Absatz 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Ab 1.1.2020 können die Soldaten/innen in den Regionalzügen der Bahn, gratis durch die Gegend brausen, und alle Nichtsoldaten/innen, die schauen dabei zahlend „voll ins Rohr“!

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

## Schwarzfahren war gestern

Deutsche Soldaten in Uniform dürfen ab dem Tag X nun kostenlos mit der Bahn fahren. Dafür muss der Steuerzahler im Jahr demnächst vier Millionen Euro berappen. Dagegen müssen unter anderem Polizisten, Feuerwehrleute, Krankenschwestern, Rettungsassistenten, Müllwerker, Wachmänner, Hebammen, Fensterputzer, Postzusteller, Stahlarbeiter, Zimmermänner und Braunkohlekumpels in Uniform und Rentner für ihren Dienst am Volk bzw. für ihre Lebensleistung das Bahnticket ganz normal selber bezahlen.

Gerecht? Natürlich nicht, weil die Berufsgruppe der Soldaten im Übungsdienst, im Manöver und im Kriegseinsatz im Heer, in der Luftwaffe und bei der Marine mehr CO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> durch Panzer, Kampffjets, Kriegsschiffe, Drohnen, Bomben und Raketen ausstößt als jede andere Berufsgruppe. Das mit einem kostenlosen Bahnticket in Uniform zu belohnen und zu subventionieren, zeugt von einer hohen Groko-4.0-Geringschätzung gegenüber anderen wichtigen Berufsgruppen, sozial schwächeren Bürgern und Rentnern.

Schwarzfahren war gestern. Ich besorge mir stattdessen eine Soldatenuniform wie im Karneval, mache den Hauptmann von Köpenick und fahre kostenlos mit der Deutschen Bahn. Natürlich wie Thunbergs Greta der Umwelt zuliebe.

Roland Klose, Bad Fredeburg

## Konstruiertes Jammern

Zu: „Bauernverband zieht negative Erntebilanz“, FR-Wirtschaft vom 24.8.

Die deutsche Getreideernte liegt in diesem Jahr bei 45 Millionen Tonnen. Der Erntedurchschnitt aus den fünf Vorjahren beträgt 45,76 Mio. Damit der Bauernverband aber trotzdem Grund zum Klagen finden kann, werden zur Durchschnittsbildung die Jahre 2013 bis 2017 herangezogen. War etwa 2018 kein Erntejahr? Der Durchschnitt dieser Jahre beträgt 47,58 Mio, woraus sich ein beklagenswertes Minus von sechs Prozent und eine negative Erntebilanz darstellen lassen, über das die Medien dann auch breit berichten.

Peter Koswig, Korbach



### BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Faxen Sie an:**  
069 / 2199-3666

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

### FR ERLEBEN

**Stephan Hebel** spricht und diskutiert zum Thema „Diskriminierung durch Sprache“. Eine Veranstaltung der Philipp-Kraft-Stiftung.  
**Mittwoch, 4. September, 19.30 Uhr**  
Mediathek, Rheingauer Str. 28, Eltville

**Stephan Hebel** lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.  
**Donnerstag, 5. September, 19 Uhr**  
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

**Tobias Schwab** moderiert die Diskussion „Katholisch sein in der Krise – Welche Reformen braucht die Kirche?“ mit Jesuitenpater Dr. Klaus Mertes.  
**Sonntag, 8. September, 14 Uhr**  
Kreuzburghalle, Wilhelm-Leuschner-Straße 50, Hainburg

**Claus-Jürgen Göpfert** und **Georg Leppert** moderieren das Stadtgespräch zur FR-Serie „Frankfurt wächst“. Auf dem Podium: Planungsdezernent Mike Josef (SPD), Lisa Hahn von der Initiative Mietentscheid, Architekt Stefan Forster und Bauunternehmer Wolfgang Ries.  
**Donnerstag, 12. September, 19 Uhr**  
Haus am Dom, Domplatz 3  
Frankfurt

**Lutz „Bronski“ Büge** stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.  
**Donnerstag, 19. September, 19 Uhr**  
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

## Zum Tausch gegen Kalifornien

Grönland-Kauf: „Expedition ins diplomatische Eis“, FR-Politik vom 22. August

### Vor Trump-Amerika ist nichts gefeit

In Sachen Grönland-Deal nur den Kopf schütteln hilft nicht! Die Dänen sollten auf der Hut sein, denn die Amis sind mit allen Wassern gewaschen und waren stets rücksichtslos in der Durchsetzung ihrer Interessen, erst recht unter ihrem Oberhäuptling Trump. Parole: America first! Wenn Trump erst einmal einen fetten Profit wittert, wird er zum Jäger, der Blut geleckt hat. Vor Trump-Amerika ist am Ende nichts gefeit.

Joachim Bohndorf, Bensheim

### Aufgehetzte Menschenmengen

Der „Fall Trump“ zwingt uns Demokraten, im Interesse unserer Sicherheit darüber nachzudenken, ob es wirklich der Weisheit letzter Schluss ist, dass in einer Demokratie „jeder“ gewählt werden kann und „jeder“ wählen darf – oder ob wir nicht ein feiner strukturiertes Ausleseverfahren benötigen, um sicherzustellen, dass „die Beste“ oder „der Beste“ nach ganz oben kommt. Schließlich wissen wir aus Geschichte und Gegenwart, dass aufgehetzte Menschenmengen es fertigbringen, sich „das Verderben an den Hals zu wählen!“

Otfried Schrot, Ronnenberg

### Der Deal des Jahrhunderts

Ich verstehe die strikte Ablehnung der dänischen Regierung zum Kaufangebot des Herrn Trump für Grönland nicht. Es wäre klüger gewesen, dem größten Dealmaker aller Zeiten entgegenzukommen.

Die dänische Ministerpräsidentin hätte zum Beispiel einen Tausch anbieten können – sagen wir Grönland gegen Kalifornien,



Die USA sollen am Kauf Grönlands interessiert gewesen sein. Was die Bewohner des Dorfes Innaarsuit wohl davon halten?

DPA

das wäre für beide Seiten ein Gewinn geworden. Herr Trump bekommt eine ihm wichtige Insel mit viel Platz drauf zum Aufstellen neuer Atomraketen und Golfplätze (wobei ich mir nicht sicher bin, ob er diese Insel auf einem Globus finden würde), und er wird einen ungeliebten Bundesstaat los mit nur wenigen Anhängern für seine Selbstverliebtheit und seine Politik.

Andererseits kämen damit die HighTech-Firmen im Silicon Valley endlich unter die Gesetzgebung Dänemarks und damit

der Europäischen Union! Man stelle sich vor: Apple, Fakebook, Google & Co. als europäische Unternehmen unterstützen unseren Regeln – eine phantastische Perspektive. Und abhauen, etwa ins neue US-amerikanische Grönland, könnten diese Firmen auch nicht so einfach; dafür steckt zu viel Infrastruktur im Silicon Valley.

Das wäre doch der Deal des Jahrhunderts geworden – die Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat ihn verschlafen.

Manfred Stibaner, Dreieich

## Der Bundeswehr sind enge Grenzen gesetzt

Hormus-Krise: „Deutschlands Dilemma“, FR-Meinung vom 24. August

Handelt es sich eigentlich bei der aggressiven Verwicklung in der Straße von Hormus um eine zuvörderst internationale oder aber in erster Linie bilaterale Auseinandersetzung zwischen dem Iran und Großbritannien? Mit welcher Legitimation wurde zuvor ein Tanker im Hafen des britischen Gibraltar festgesetzt?

Das Thema Sicherung der internationalen Schifffahrt wirft erneut die Frage auf, welche spezifischen Aufgaben die Bundeswehr, also auch Marine und Luftwaffe, im Rahmen ihrer Natozugehörigkeit eigentlich haben. Die SPD vertritt eine enge Auslegung des Grundgesetzes, wonach die Bundeswehr – auch im Rahmen des Natoabkommens – ausschließlich auf Verteidigungsaufgaben im engeren Sinne verpflichtet sei. Die Union sieht hingegen einen deutlich weiteren Spielraum für die Legitimität von militärischen Interventionen im Ausland, wenn die allgemeinen Sicherheitsinteressen

der Bundesrepublik z.B. im Rahmen des Welthandels berührt sind. Ein Verteidigungsminister der Berliner Regierung hat bekanntlich einmal gesagt, die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt.

Innerhalb der Nato wollen USA, Großbritannien und Frankreich die vom Grundgesetz eindeutig gezogenen Grenzlinien für Bundeswehreinätze einfach nicht hinreichend bei ihrer Bewertung der Bündnistreue der Bundesrepublik in Betracht ziehen. Es ist legitim, dass die SPD darauf hinweist, dass es nicht im Interesse Deutschlands liegen kann, in Konflikte hineingezogen zu werden, die auch auf diplomatischem Wege gelöst werden könnten. Falls die Nato offiziell ihre Verteidigungsdoktrin in eine Interventionsdoktrin verändern wollte, müsste auf deutscher Seite das Grundgesetz geändert werden.

Die Politik von US-Präsident Donald Trump gegenüber der

Bundesrepublik läuft eindeutig darauf hinaus, Deutschland zu nötigen, in der Ordnung der Weltsicherheit mehr militärische Interventionsverantwortung zu übernehmen. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Jürgen Hardt, unterstreicht, dass der Iran derzeit eine der größten Sicherheitsbedrohungen darstelle, und begründet dies mit durchaus sachlichen Argumenten. Implizit befürwortet er eindeutig eine deutsche Beteiligung an einer Intervention, fügt aber sogleich hinzu, dass „eine solche Maßnahme nur auf Basis einer klaren völkerrechtlichen Grundlage erfolgen dürfe“. Dafür bedürfte es einer klaren konkreten Ausgestaltung eines möglichen Einsatzes. Es bleibt aber dabei, dass das GG solchen internationalen militärischen Interventionen der Bundeswehr nun einmal ganz enge Grenzen setzt.

Sigurd-Schmidt, Bad Homburg

Diskussion: [frblog.de/hormus](http://frblog.de/hormus)